

Zeitschrift: SuchtMagazin

Herausgeber: Infodrog

Band: 40 (2014)

Heft: 6

Artikel: Coffeeshops in den Niederlanden : von Prohibition zur Regulierung

Autor: Trautmann, Franz

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-800134>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Coffeeshops in den Niederlanden: Von Prohibition zur Regulierung

Die Entwicklung der Coffeeshops in den Niederlanden ist ein Element eines breiten Drogenreformtrends, der auf ein Abrücken von der von Prohibition bestimmten Drogenpolitik weist. Die Jugendrevolte der sechziger Jahre, wissenschaftliche Erkenntnisse und eine positive politische Reaktion haben dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Kritik aus dem In- und Ausland, Schwächen des Coffeeshopmodells und sozialpolitischer Konservatismus trugen ab den achtziger Jahren bei zu einer restriktiveren Politik. Kritik an den negativen Folgen dieser Restriktionen hat in den letzten Jahren die Forderung einer Cannabisregulierung wieder auflieben lassen.

Franz Trautmann

Leiter der Abteilung Internationalisierung, Trimbos-instituut – The Netherlands Institute of Mental Health and Addiction, Postbus 725, NL-3500 AS Utrecht, Tel. +31 (0)30 2959 358, ftrautmann@trimbos.nl, www.trimbos.nl

Schlagwörter: Cannabispolitik | Niederlande | Coffeeshops | Regulierung |

Weltweite Konvergenz: drogenpolitisches Umdenken

Die Entwicklung der Coffeeshops in den Niederlanden kann – wenigstens im Nachhinein – als frühes Element eines breiten Drogenreformtrends gesehen werden, der sich ab den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Europa und in anderen Ländern manifestierte. Wie wir in einer Studie gezeigt haben,¹ ist die Tolerierung der Coffeeshops genauso wie die Entwicklung von Schadensminderungsmassnahmen und der Entkriminalisierung des Konsums illegaler Drogen Ausdruck eines Trends, der auf ein Abrücken von der von Prohibition und Abstinenzorientierung bestimmten Drogenpolitik weist. Der Kern dieses Trends ist ein Paradigmenwechsel, der in der Regel als ‹Bottom-up-Kritik› an etablierten Erklärungen begann. Alternative Erklärungsmuster galten in zunehmendem Masse als adäquater als die gängigen Paradigmen: Schadensminderung statt Abstinenz, Entkriminalisierung statt strafrechtliche Verfolgung, Regulierung statt Prohibition. Überraschenderweise zeigt sich gerade rund um diese Themen eine weitgehende Konvergenz in der Drogenpolitik – nicht nur in Europa.²

Schadensminderung fand in den Niederlanden ab 1980 breiten Anklang. Sie wurde später in ganz Europa von einer Randscheinung zum Mainstream, wie eine Empfehlung des Rates der Europäischen Union von 2003 – die alle EU-Mitgliedstaaten anspornte, Schadensminderungsmassnahmen zu implementieren –³ und die EU-Drogenstrategie 2005-2012⁴ zeigen.

Auch Entkriminalisierung von Konsum ist heute in vielen Ländern akzeptiert. Bei der Regulierung von Produktion und Handel tut man sich deutlich am schwersten, wahrscheinlich weil sie die Basis der Drogenpolitik, wie sie in den internationalen Verträgen festgelegt ist, in Frage stellt. Die Entwicklungen in der Cannabis-

politik in den letzten fünfzig Jahren zeigen aber, dass Regulierung in verschiedenen Ländern in Erwägung gezogen und teilweise auch in Praxis umgesetzt wird, wie z.B. Uruguay, in Colorado und Washington.⁵

Die Anfänge der Cannabispolitik in den Niederlanden

Die Niederlande sind das einzige Land, in dem die Entwicklung von Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung als «Package Deal» verstanden wurde. Es ist der Kern der fundamentalen Veränderungen der niederländischen Drogenpolitik, die um 1970 initiiert wurden. Drei Faktoren haben dabei eine entscheidende Rolle gespielt: die Jugendrevolte, wissenschaftliche Erkenntnisse und eine positive politische Reaktion.

Die Jugendrevolte

Die Jugendrevolte, die in den sechziger und siebziger Jahren u.a. in den Niederlanden die Nachkriegsruhe stört und die konservativ orientierte Wiederaufbaukultur in Frage stellt, gibt auch den Anstoß zum radikalen Umdenken in der Drogenpolitik. In Amsterdam spielen die sogenannten Provos eine prominente Rolle. Cannabis ist ihre «Lifestyle»-Droge. Cannabiskonsum ist auch Ausdruck der Opposition gegen die herrschende Kultur und – explizit – gegen die Drogenprohibition. Alkohol und Tabak werden verpönt als Drogen des Establishments. Prohibition wird als inadäquat und ineffektiv kritisiert. Cannabis und auch andere Mittel werden in den siebziger Jahren in Jugendzentren wie dem bekannten Paradiso in Amsterdam offen verkauft. Einige Zentren nehmen Hausdealer in Dienst, um den Verkauf von Drogen besser kontrollieren und dem Verkauf von «harten» Drogen wehren zu können. Von diesem Hausdealersystem war es nur ein kleiner Schritt zu den ersten Coffeeshops.⁶

Die Wissenschaft

Der in den sechziger und siebziger Jahren zunehmende Konsum von u.a. Cannabis, Opiaten und Amphetaminen – damals in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannte Drogen – wurde zu einem mit Besorgnis verfolgten und viel debattierten

Phänomen, für das die Politik keine passende Antwort hatte. Die Reaktion war überraschend rationell: man suchte nach wissenschaftlich unterbauten Erklärungen von und Lösungen für die «Drogenepidemie». Zwei Expertenkommissionen wurden ins Leben gerufen, die zur Aufgabe hatten, Art und Umfang des Problems zu untersuchen und zu erklären. Der Bericht der Hulsmann-Kommission (1968-1971), kam auf Grund einer Analyse des Drogenkonsums und der sozialen Mechanismen hinter dem Drogenproblem zum Schluss, dass Prohibition, Kriminalisierung der Produktion und des Konsums bestimmter Drogen Probleme kreiert und nicht löst.⁷

Der Bericht der von der Regierung installierten Baan-Kommission (1968-1972), enthält u.a. eine ausführliche Analyse der Risiken hinsichtlich körperlichen, psychologischen und sozialen Schäden des Konsums verschiedener Mittel. Auf dieser Grundlage empfiehlt die Kommission, zwischen Drogen mit unakzeptablen Risiken für die Gesundheit und Drogen mit weniger schwerwiegenden Risiken zu unterscheiden. Sie definiert Cannabis als «weiche» Droge und u.a. Heroin und Amphetamine als «harte» Drogen. Sie empfiehlt unterschiedliche gesetzliche Kontrollbestimmungen.⁸

Diese beiden Berichte präsentieren den Stand der Forschung in ihrer Zeit. Sie waren die Grundlage für die Neufassung des niederländischen Betäubungsmittelgesetzes 1976, das richtungsweisend war für die drogenpolitischen Veränderungen der folgenden Jahre. Es war die Wissenschaft, die das Drogenproblem als soziales und Gesundheitsthema definierte und vom Kriminalitätsparadigma abrückte. Der Bericht der Kommission Baan war die Grundlage für die gesetzlich verankerte Entkriminalisierung des Cannabiskonsums, der privaten Zucht von maximal fünf Cannabispflanzen für den Eigenbedarf und des Verkaufs und Besitzes von (damals) maximal 30 Gramm Cannabis. Diese wurden nicht mehr als Straftat sondern als Gesetzesübertretung gewertet. Ziel war die Trennung des Cannabismarktes vom Markt für harte Drogen, um KonsumentInnen von einem Umsteigen von Cannabis auf harte Drogen abzuhalten. Fernziel der Kommission Baan war allerdings die Entkriminalisierung und Regulierung des ganzen Drogenmarktes.⁹

Die politische Reaktion

Nach ersten hitzigen Debatten auf politischer Ebene, zwischen verschiedenen Ministerien, zwischen nationaler und lokaler Politik, zwischen Polizei, Justiz und alternativer Jugend- und Drogenhilfe war die Haltung von vielen PolitikerInnen gegenüber Schadensminderung und Entkriminalisierung von Konsum aber auch gegenüber Coffeeshops überraschenderweise «vorsichtig positiv».

Der damalige Justizminister Dries van Agt von der konservativen Katholischen Volkspartei (KVP) erklärte, dass es unter bestimmten Umständen valide Argumente zu Gunsten lizenziert Dealer gebe. Sie zu tolerieren galt für ihn als das kleinere Übel im Vergleich zu den Konsequenzen einer Kriminalisierung. Eine formale Regulierung fand ansehnliche Zustimmung in der Politik, insbesondere auf lokaler Ebene. Auf Landesebene war man sich bewusst, dass sie gegen die internationalen Konventionen verstossen würde. Die Regierung wollte darum die Möglichkeit einer Anpassung der Single Convention (Einheitsabkommen über die Betäubungsmittel von 1961), die es Ländern ermöglichen würde, ein alternatives Cannabisregime zu entwickeln.¹⁰ Als Übergangslösung entschied man sich für eine Beibehaltung der Unterstrafstellung des Cannabisverkaufs. Dieser sollte aber nur strafrechtlich verfolgt werden, wenn näher festgelegte Regeln der Staatsanwaltschaft übertreten würden.

Die Niederlande kennen im Gegensatz zu anderen Ländern ein sogenanntes Opportunitätsprinzip, gemäss dem die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung von Straftaten absehen kann,

wenn letztere als nicht opportun, weil anderen öffentlichen Interessen schadend, angesehen wird. Diese Entscheidung resultierte in einer Tolerierung und De-facto-Entkriminalisierung des Cannabisverkaufs (von kleinen Mengen) durch Coffeeshops. Nach ersten noch illegalen Initiativen in den frühen siebziger Jahren öffneten ab 1980 die ersten offiziell tolerierten Coffeeshops ihre Türen.¹¹

Der gesellschaftliche Kontext

Dieser drogenpolitische Wandel konnte in einer Periode des Veränderungsdrangs gedeihen. Es war eine Reaktion voll Ungewissheiten, ein Versuch, Antworten zu finden auf den gesellschaftlichen und kulturellen Wandel, auf die Jugendrevolte, auf sich verändernde Wertvorstellungen und auf ein neues, unbekanntes Phänomen: den wachsenden Drogenkonsum unter Jugendlichen. Die Kenntnisse darüber waren beschränkt. Vieles war ungewiss. Man wusste nicht, wie das Drogenproblem sich entwickeln würde und wie man es erfolgreich angehen könnte. Weitgehend undeutlich war auch, bei wem die politische Verantwortung für das Problem lag, wie und über welche Stakeholder diese Verantwortung verteilt werden sollte. Es gab auch noch keinen Konsens über das bestimmende Paradigma: War es primär ein Gesundheits- und soziales Thema oder ein strafrechtliches Problem.

Diese Ungewissheiten waren einerseits unbefriedigend, weil sie eindeutigen politischen Lösungen im Weg standen. Andererseits hatten sie auch einen wichtigen Vorteil: Sie boten Manövrierraum. Sie boten die Chance für Experimente und Innovationen. Zu diesem Spielraum trug auch die weniger weit fortgeschrittene europäische Integration bei. In den siebziger Jahren konnten Mitgliedsstaaten noch deutlich autonomer operieren als heute, nicht nur im drogenpolitischen Bereich. Ein beschränkender Faktor ist unverändert geblieben: die internationalen Konventionen. Faszinierend ist allerdings, dass diese im Bereich der Cannabisregulierung in verschiedenen Ländern nicht mehr als Hindernis für Veränderungen gesehen werden, wie u.a. die Entwicklungen in Uruguay, Colorado und Washington zeigen.¹²

Die «Gegenreformation»

Der Veränderungsdrang dauerte allerdings nur ein gutes Jahrzehnt. Die erhofften Veränderungen der internationalen Konventionen als Grundlage für weitere radikale Veränderungen erwiesen sich als unrealistisch.¹³ Zudem drosselte die internationale Kritik den Optimismus. Insbesondere Deutschland, Frankreich, Schweden und die Vereinigten Staaten, aber auch internationale Gremien wie das International Narcotics Control Board (INCB¹⁴) äusserten scharfe Kritik an der liberalen niederländischen Drogenpolitik.¹⁵

Schwächen des Coffeeshopmodells

Auch in den Niederlanden selbst kamen Faktoren ins Spiel, die den Optimismus bremsten. Die unbeabsichtigten Folgen und strukturellen Schwächen der Cannabispolitik schürten Zweifel an dem Coffeeshopmodell. Coffeeshops entwickelten sich von kleinen, alternativen Unternehmen zu einem sehr einträglichen, kommerziellen Geschäft. Produktion und Grosshandel wurden gewinnbringende Einnahmequellen, die auf Grund ihres illegalen Charakters für organisiertes Verbrechen interessant waren. Der anschwellende Strom von «Drogentouristen» aus den Nachbarländern, die regelmässig die Coffeeshops in der Grenzregion besuchten, störten nach Meinung der Nachbarschaft die öffentliche Ordnung in der Umgebung von Coffeeshops: ein zunehmender Autoverkehr, Parkplatzprobleme und Gruppen von Coffeeshopbesuchern auf der Strasse.¹⁶

Diese Entwicklungen beschleunigten das Ende des Reformprozesses nach dem ersten radikalen Schritt der Regulierung des

Cannabisverkaufs in Coffeeshops, der in den Niederlanden bekannt wurde als die Regulierung der Vordertür. Der beabsichtigte nächste Schritt, die Regulierung der Hintertür, d.h. der Lieferung von Cannabis an Coffeeshops, wurde bis heute nicht gemacht. Lediglich die maximale Menge Cannabis, die ein Coffeeshop vorrätig haben darf, ohne Strafverfolgung zu riskieren, wurde festgelegt. Diese Menge ist heute 500 Gramm, was natürlich in der Regel für einen durchschnittlichen Coffeeshop nicht genügt. Dies resultierte in einem komplexen Liefersystem, das den Vorrat innerhalb dieser Grenzen hält und gleichzeitig genügend Vorrat an den verschiedenen Cannabisprodukten für die Kundschaft garantiert. Dieser unvollendete Reformprozess bedeutete eine widersprüchliche Situation: regulierter, entkriminalisierter Verkauf und nicht regulierter, nach wie vor strafbarer Ankauf, eine verräterische Schwäche des Coffeeshopsystems, interessant für organisiertes Verbrechen: Illegal in die Cannabisproduktion investiertes Kapital kann über Coffeeshops in legales Einkommen umgesetzt werden.

Verschärfung der Regeln

Seit den achtziger Jahren wird eine Verschärfung der Regeln der Coffeeshoppolitik sichtbar. 1987 war festgelegt worden, dass Coffeeshops nur 30 Gramm pro Kunde verkaufen dürfen, dass sie keine Werbung machen und nicht an Minderjährige (unter 18 Jahren) verkaufen dürfen. 1991 wurden diese Regeln verschärft. Der Verkauf von harten Drogen wurde explizit verboten, genauso wie die Störung der öffentlichen Ordnung und der Verkauf von grösseren Mengen als 5 Gramm pro Kunde oder Kundin. Das drogenpolitische Programm der Regierung von 1995 und der Cannabisbrief der Regierung an das Parlament von 2004 sorgten für noch striktere Bestimmungen.¹⁷

Gesundheitliche Bedenken und sozialpolitischer Konservatismus

Bei dieser schrittweisen Verschärfung der Regeln spielten neben Sorgen um die unbeabsichtigten Folgen der geführten Cannabispolitik nach wie vor Gesundheitsargumente eine Rolle. Ein wichtiges Thema waren (und sind) die Gesundheitsrisiken des Konsums von Cannabis mit hohem THC-Gehalt. Obwohl die Forschungsergebnisse mager und nicht eindeutig sind und Monitoringdaten zeigen, dass der durchschnittliche THC-Gehalt von in Coffeeshops verkauftem «Nederwiet», in den Niederlanden angebautes Marihuana, wieder sinkt, erwägt die Regierung momentan, Cannabis mit einem THC Gehalt von mehr als 15% als harte Droge einzustufen.¹⁸ Von verschiedenen Seiten (Politik, Drogenhilfe und Wissenschaft) wird dieses Vorhaben als nicht fundiert (fehlende wissenschaftliche Unterbauung) und nicht realisierbar (Wer testet Cannabis wie?) kritisiert. Dieses Thema hat übrigens keinen grossen Einfluss auf die Regulierungsdebatte. RegulierungsbefürworterInnen weisen aber vielfach darauf hin, dass eine Regulierung von Produktion und Verkauf eine effektive Kontrolle der Produktzusammenstellung und -qualität ermöglichen würde¹⁹.

Um die Jahrtausendwende machte sich ein politischer Klimawechsel bemerkbar. War bis dahin das Gesundheitsministerium führend, gewann unter einer Reihe von Regierungen von immer konservativerem Schnitt das im drogenpolitischen Bereich eher an Drogenbekämpfung interessierte Justizministerium an Einfluss. Die Wahrung der öffentlichen Ordnung (Beschränkung des Drogentourismus) und die Bekämpfung von mit Coffeeshops assoziierter Kriminalität (organisiertes Verbrechen) wurden zum zentralen Thema in der Cannabispolitik.²⁰ Politischer Konservatismus hatte an Einfluss gewonnen, nicht nur in der Drogenpolitik, sondern im breiteren sozialpolitischen Rahmen in ganz Europa. Die Wirtschaftskrise scheint diesem Konservativismus noch Gewicht verliehen zu haben. In den in allen Teilen Euro-

pas an Einfluss gewinnenden konservativen sozialpolitischen Agenden passt auch ein zunehmend repressives Vorgehen gegen DrogenproduzentInnen und -verkäuferInnen.²¹ In 2011 erreichte die restriktive Tendenz in der Coffeeshop-Politik mit dem Plan des Justizministers, einen sog. «Wietpass» einzuführen, einer obligatorischen Mitgliedskarte für CoffeeshopbesucherInnen, die nur für gemeldete BürgerInnen der Niederlande erhältlich sein sollte, ihren Höhepunkt. Mit dieser Massnahme wollte man den Drogentourismus unterbinden, der im Süden der Niederlande als Plage empfunden wurde. Als geschlossene Clubs geführte Coffeeshops, die nur an Mitglieder verkaufen würden, sollten das Problem lösen. Der «Wietpass» wurde 2012 im Süden der Niederlande als Experiment eingeführt. Bei positiven Resultaten sollte diese Massnahme im ganzen Land gelten. Ein Regierungswechsel im Jahr 2012 bedeutete aber ein frühzeitiges Ende dieses Experiments. Die ersten Befunde hatten auch gezeigt, dass das Experiment lediglich eine Verschiebung der öffentlichen Ordnungsprobleme zur Folge hatte, von der Umgebung der Coffeeshops in andere Gebiete, wo der Straßenhandel zu blühen begann.

Unter der neuen sozialliberalen Koalition verschwand der «Wietpass» von der politischen Agenda. Ein sog. «Einwohnerkriterium», das auch implizierte, dass nur in den Niederlanden Ansässige Cannabisprodukte kaufen durften, wurde allerdings beibehalten. Festgelegt wurde aber auch, dass es Gemeinden freisteht, an diesem Punkt ihre eigene Politik zu machen. Verschiedene Gemeinden haben bereits angekündigt, dass sie sich nicht an diese Regel halten werden, allen voran Amsterdam.²² Und bis heute halten sich die Gemeinden an diese Ankündigung.

Opposition gegen die restriktive Coffeeshoppolitik

In den letzten Jahren nimmt die Kritik an der restriktiven Coffeeshoppolitik zu. Auf politischer Ebene sind die Gemeinden führend. Mehr als 40 BürgermeisterInnen haben ein Manifest unterschrieben, in dem eine Regulierung der Hintertür gefordert wird, u.a. um die Gesundheit der KonsumentInnen durch eine effektive Qualitätskontrolle schützen und die öffentlichen Ordnungsprobleme und organisiertes Verbrechen effektiver angehen zu können.²³ Unterschiedliche Modelle werden in Erwägung gezogen, vom lizenzierten Anbau unter Kontrolle von lokalen Behörden bis zum spanischen sozialen Clubmodell.

Wissenschaftler, Justiz und Medien schlossen sich dieser Kritik an. Faszinierend ist allerdings, dass ein neuer Stakeholder auftauchte: Auch die Coffeeshop-EigentümerInnen begannen sich zu rühren. Bereits vor einigen Jahren entstanden die ersten Vereine als ihre Interessenvertretung. Ein Zeichen, dass sich am Rande des illegalen Drogenmarktes, wo Prohibition durch Tolerierung ersetzt wird, eine Lobby entwickelt.

Offenes Lobbying ist verständlicherweise nur in einem legalen Markt möglich. Die Alkohol- und Tabaklobby sind bekannte – und teilweise auch berüchtigte – Beispiele. Die sich in den Niederlanden entwickelnde Coffeeshoplobby ist ein interessantes «Nebenprodukt» der Regulierungspolitik. Gerade bei den Diskussionen um den «Wietpass» mischte sie sich nachdrücklich in die öffentliche politische Debatte ein. Ihr Beitrag wurde von den Medien beachtet und ernst genommen.

Wie weit die Zweifel an der halbherzigen Cannabispolitik gehen, zeigt das Urteil eines Gerichts in Groningen im Oktober 2014 in einem von der Staatsanwaltschaft angestrengten Prozess gegen ein Ehepaar, das auf kontrollierte Weise Cannabis anbaut und an einen Coffeeshop liefert. Das Gericht urteilte, dass die Angeklagten zwar im formalen Sinne einer Straftat schuldig seien, verfügte aber keine Strafe, weil es den Anbau als in Übereinstimmung mit der offiziellen Tolerierungspolitik erachtete. Die Angeklagten hätten im Rahmen der wichtigsten Zielsetzungen der von der Regierung entwickelten Cannabispolitik gehandelt, nämlich

im Sinn des Schutzes der Gesundheit und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Die Staatsanwaltschaft hatte im Übrigen auch nur zwei Wochen Sozialdienst als Strafe gefordert.²⁴

Ausblick

Wie sich die Cannabispolitik in den Niederlanden weiter entwickeln wird, ist heute schwer zu sagen. Obwohl es auch in den in der heutigen sozialliberalen Regierung vertretenen Parteien BefürworterInnen einer Regulierung der Hintertür zu finden sind, bleibt der als konservativ bekannte Justizminister bei seinem von der Regierung unterstützten Standpunkt: keine Regulierung, sondern eine weitere Verschärfung der Regeln. Der Gegendruck nimmt aber zu. Neben dem Manifest der BürgermeisterInnen bereitet eine linksliberale Partei einen Gesetzvorschlag vor, in dem Cannabisproduktion und -handel reguliert werden sollen.²⁵ Die BefürworterInnen einer Regulierung des Cannabismarktes stossen auf wachsende Zustimmung in der Fachwelt aber auch in der Öffentlichkeit.●

Literatur

- Council of the European Union (2003): Council Recommendation of 18 June 2003 on the prevention and reduction of health-related harm associated with drug dependence. Brussels: Council of the European Union.
- Council of the European Union (2004a): European Union Drugs Strategy (2005–2012). Brussels: Council of the European Union.
- De Kort, M. (1995): Tussen patiënt en delinquent: Geschiedenis van het Nederlandse drugsbeleid. Hilversum: Verloren.
- Niesink, R./Rigter, S. (2013): THC-concentraties in wiet, nederwiet, en hasj in Nederlandse coffeeshops (2012–2013). Utrecht: Trimbos-instituut.
- Niesink, R./Van Laar, M. (2012): THC, CBD en gezondheidseffecten van wiet en hasj – recente inzichten. Utrecht: Trimbos-instituut.
- Trautmann, F./Croes, E./Elzinga, E./Milhet, M./Diaz Gomez, C./Košir, M./Estrada, M./Miller, D./Harkins, C. (2014): Description and analysis of addiction governance practices. Understanding changes in governance practice. Addictions and Lifestyles in Contemporary Europe – Reframing Addictions Project – ALICE RAP. www.tinyurl.com/qbwz092, Zugriff 17.11.2014.
- Trautmann, F. (2013): Key trends of the illicit drugs market and drug policy in the EU: what do experts anticipate for the coming years? S. 447–501 in: F. Trautmann/B. Kilmer/P. Turnbull (Hg.), Further insights into aspects of the EU illicit drugs market. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

- Trautmann, F./Reuter, P./Van Gageldonk, A./Van der Gouwe, D. (2009): The drugs problem and drug policy developments between 1998–2007. www.tinyurl.com/oc4nyas, Zugriff 22.11.2014.
- Stichting Algemeen Centraal Bureau voor de Geestelijke Volksgezondheid (Commissie Hulsman) (1971): Ruimte in het drugbeleid. Meppel: Boom.
- Van Laar, M./Van Ooyen-Houben, M. (Hg.) (2009): Evaluatie van het Nederlandse drugsbeleid. Utrecht/Den Haag: Trimbos-instituut/WODC.
- Werkgroep Verdovende Middelen (Commissie Baan) (1972): Achter-gronden en risico's van druggebruik: rapport van de werkgroep Verdovende Middelen. Den Haag: Staatsuitgeverij.

Endnoten

- 1 Vgl. Trautmann/Croes et al. 2014.
- 2 Vgl. Trautmann/Reuter et al. 2009: 193–232, 269–628.
- 3 Vgl. Council of the European Union 2003.
- 4 Vgl. Council of the European Union 2004a.
- 5 Vgl. Artikel von Zobel/Marthaler in dieser Ausgabe.
- 6 Vgl. Trautmann/Croes et al. 2014; De Kort 1995.
- 7 Stichting Algemeen Centraal Bureau voor de Geestelijke Volksgezondheid (Commissie Hulsman) 1971.
- 8 Werkgroep Verdovende Middelen (Commissie Baan) 1972.
- 9 Vgl. De Kort 1995.
- 10 Ebd.
- 11 Vgl. Van Laar/Van Ooyen-Houben 2009.
- 12 Vgl. Trautmann/Croes et al. 2014.
- 13 Vgl. De Kort 1995.
- 14 Das INCB hat die Aufgabe, die Einhaltung der Internationalen Abkommen und damit auch des Einheitsabkommens zu überwachen.
- 15 Ebd.
- 16 Vgl. Trautmann/Croes et al. 2014; De Kort 1995.
- 17 Vgl. Trautmann/Croes et al. 2014.
- 18 Vgl. Niesink/Van Laar 2012; Niesink/Rigter 2013.
- 19 Auch in der heutigen Situation gibt es lediglich für medizinisch verwendetes Cannabis eine formale, institutionalisierte Qualitätskontrolle. Das Trimbos-Institut testet allerdings im Rahmen seiner Aufgaben im Bereich des Monitorings des illegalen Drogenmarktes immer wieder verschiedene Aspekte der in Coffeeshops verkauften Cannabisprodukte.
- 20 Vgl. De Kort 1995.
- 21 Vgl. Trautmann 2013.
- 22 Vgl. Trautmann/Croes et al. 2014.
- 23 Das Manifest vom 31. Januar 2014 steht zum Download bereit: www.tinyurl.com/joint-regulation (Niederländisch, Zugriff 22.11.2014); Artikel in The Amsterdam Herald vom 27. Januar 2014, www.tinyurl.com/herald-cannabis, Zugriff 22.11.2014.
- 24 Vgl. Artikel auf Sensi Seeds vom 17. Oktober 20014, www.tinyurl.com/qftzdgc, Zugriff 17.11.2014.
- 25 Vgl. Artikel auf Dutch News vom 20. November 2013, www.tinyurl.com/d66-proposal, Zugriff 22.11.2014.

Bücher zum Thema



Keine Angst vor Hanf! Warum Cannabis legalisiert werden muss

Mathias Bröckers
2014, Westend, 96 S.

Der Krieg gegen die Drogen ist definitiv gescheitert. Die Kollateralschäden waren und sind um ein Vielfaches grösser als der Nutzen. Diese Erkenntnis wird von der Ärzteschaft ebenso geteilt, wie von Polizeipräsidenten und Professoren. Statt dem Wildwuchs des Schwarzmarktes und vor allem der organisierten Kriminalität das Feld zu überlassen, müssen Jugend- und Verbraucherschutz endlich ernst genommen und durch einen regulierten Markt garantiert werden.

Der Autor zeigt, dass es ein Irrglaube ist, mit Hilfe von Strafrecht, Polizei und Gefängnis eine drogenfreie Gesellschaft schaffen zu können. Und er betrachtet auch die medizinischen Eigenschaften der Hanfpflanze, deren Einsatz nach jüngsten Forschungen zu erstaunlichen Ergebnissen führt. Also: **LEGALIZE IT!**



Die Cannabis GmbH

Rainer Schmidt
2014, Rogner & Bernhard, 352 S.

Er wollte eigentlich nur ein bisschen kiffern. So wurde der Junge aus dem Ruhrpott der Grasproduzent Duke, beste Öko-Qualität. Die Nachfrage explodiert. Der Duke ist hoch im Norden bald ein Unternehmer, auf den die FDP stolz wäre. Ehrgeizig, fleissig, verantwortungsbewusst. Produktqualität und Personalprobleme prägen sein Leben, die fiese Konkurrenz macht Ärger, nur die feine hanseatische Verwandtschaft der Ehefrau darf nichts ahnen. Aus Spass wird Stress. Der Duke träumt vom legalen Anbau in Kalifornien – und will die Plantage abgeben. Aber dann öffnet der Bauer von nebenan auf seinem Gelände leider die falsche Tür ... «Die Cannabis GmbH» ist ein Roman über eine grosse deutsche Parallelwelt und die Schizophrenie der Prohibition – sehr frei nach wahren Begebenheiten. Der echte Duke verbüßt gerade eine mehrjährige Haftstrafe.